



Helmut Schmidt  
23. Dezember 1918. Deutscher  
Politiker, Bundeskanzler.  
Hamburger. Nach dem Abitur 1937  
Wehr- und Kriegsdienst, zuletzt  
als Oberleutnant d. R. und Batterie-  
chef. Ab 1945 Studium der Staats-  
wissenschaften und der Volks-  
wirtschaft. Tritt 1946 der SPD bei  
und wird 1947 Vorsitzender des SDS.  
1949–1953 Referent, Abteilungs-  
leiter, schließlich Leiter des Amtes  
für Verkehr in Hamburg. MdB erst-  
mals seit 1953. 1961–1965 Innen-  
senator der Hansestadt. Gewinnt  
große Popularität durch sein erfolg-  
reiches Krisenmanagement während  
der Flutkatastrophe Februar 1962.  
Ab 1969 Verteidigungsminister in  
der ersten Regierung Brandt, ab 1972  
Bundesminister für Wirtschaft und  
Finanzen. Bundeskanzler der Bun-  
desrepublik Deutschland 1974–1982  
(Konstruktives Misstrauensvotum).  
Seit 1983 Mitherausgeber der  
Wochenzeitung „Die Zeit“.

## Helmut Schmidt

*Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland*

### „Zur Lage der Weltwirtschaft in den achtziger Jahren“

Meine Damen und Herren!

Es ist das erste Mal, dass ich als Kanzler vor diesem Forum spreche, obgleich ich dem Übersee-Club seit etwa drei Jahrzehnten annehöre. Ich möchte mich für die Einladung herzlich bedanken, der ich nicht – wie eben gesagt – aus hanseatischem Pflichtgefühl folge, sondern weil es mir Freude macht.

Vor einigen Wochen habe ich im Hamburger Rathaus aus Anlass der Matthiae-Mahlzeit versucht, die Bürger unserer Stadt auf das große kulturelle Erbe Hamburgs hinzuweisen. Im Zusammenhang damit möchte ich meinen heutigen Vortrag vielleicht etwas ungewöhnlich einleiten. Im Übrigen erwartet Sie ein langer, sehr nüchterner Vortrag mit recht trockenen politisch-ökonomischen Gedankengängen. Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie können das ertragen.

Zunächst aber denke ich an Philipp Otto Runge und sein Bildnis der eigenen Eltern und seiner Kinder, das in der Hamburger Kunsthalle hängt. Man kann die Komposition dieses Bildes als das Heraustreten des Menschen aus dem beschützten Kreis von Heim und Garten in die Welt des verantwortungsvollen Erwachsenseins interpretieren, das auf jenem Bild im Hintergrund durch den Blick auf den Fluss und auf das Schiff signalisiert wird.

So hat auch das ökonomische Denken der Deutschen in den letzten Jahrzehnten gewaltige Schritte nach draußen tun müssen. Die Volkswirtschaft endet schon lange nicht mehr an den nationalen Grenzen. Die Hamburger haben das zwar immer gewusst. Aber im Grunde haben jetzt alle verstanden, dass es eigentlich keine nationalen Volkswirtschaften mehr gibt, sondern nur noch einen umfassenden weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhang.

Probleme in den entferntesten Regionen schlagen auf unsere europäischen nationalen Strukturen durch. Dies zu begreifen bedurfte es nicht erst der Ölpreiskrise, nicht erst der Gründung des OPEC-Kartells. Schon lange existiert nur noch ein internationaler Kreditmarkt. Und Walther Rathenau's Satz, die Wirtschaft sei unser aller Schicksal, lässt sich heute nur noch verändert begreifen. Er muss heute heißen: Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal.

Ich möchte gerne gemeinsam mit Ihnen einige Gedankengänge über die folgenden Fragen erörtern:

Erstens: Was sind die Faktoren der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage?

Zweitens: Wie sieht es in den wichtigen Staaten oder Regionen der Welt aus?

Drittens: Was sind die notwendigen Bedingungen, unter denen die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise bewältigt werden kann?

Viertens: Was sind die kurzfristigen Erwartungen zum Beispiel an den Gipfel in Versailles, und welches ist die Erwartung für die EG?

Fünftens: Wo steht die Bundesrepublik, und wohin gehen wir?

Es kann sich dabei natürlich immer nur um Umriss handeln. Um noch einmal auf die Metapher des Gemäldes zurückzugreifen – mindestens die Konturen des Bildes muss man aber schon erkennen wollen.

Die Weltwirtschaft ist krank. Wer eine Krankheit heilen will, der muss zuvor ihre Ursache kennen. Er bliebe sonst ein Kurpfuscher oder einer, der selbst im besten Fall lediglich die Schmerzen lindern kann; mit anderen Worten: Vor der Therapie müssen Anamnese und Diagnose stehen.

Allerdings liegen die Ursachen für die gegenwärtige zweitgrößte Krise der Weltwirtschaft in diesem Jahrhundert offen zutage. Sie beginnen mit der inflatorischen Finanzierung des Vietnam-Krieges unter Lyndon Johnson. Es folgte die Abdankung des Dollars als Fundament des Bretton-Woods-Währungssystems. Das allgemeine Floating anstelle fester Wechselkurse wurde für viele Staaten zu einer Einladung für inflatorische Budget- und inflationis-

tische Währungspolitik.

Die erste Ölpreisexplosion vor acht Jahren war in jenem Umfang nur auf Grund der vorangegangenen Inflation in den Ölimportstaaten möglich. Diese Staaten blieben aber gleichwohl mehr oder minder – wir Deutschen vielleicht am wenigsten – bei ihrer inflationistischen Wirtschaftspolitik und finanzierten ihre Defizite in steigendem Maße durch ihre Notenpressen und durch eine bis dahin unerhörte internationale Verschuldung. Allein die so genannten Euromärkte haben sich im Laufe der letzten zehn Jahre verachtfacht.

Damit war der Boden für den sich schließlich mit unerhörter Wucht auswirkenden zweiten Ölpreisschock seit 1979 vorbereitet. Und zur Stagnation kamen nun Schrumpfung und hohe Arbeitslosigkeitsraten hinzu, die in manchen Staaten der Welt schon das Ausmaß des Jahres 1931, bei uns in Deutschland jedenfalls das Maß von 1929 erreicht haben.

Der abwärts gerichtete *circulus vitiosus* führt zu einem weiteren Nachfrageausfall. Selbst die Ölländer werden inzwischen schwer damit belastet. Am meisten waren bisher die Nicht-Öl-Entwicklungsländer davon betroffen. Aber auch die kommunistischen Staaten und die Sowjetunion selbst leiden infolge ihrer sehr breit gewordenen außenwirtschaftlichen Westabhängigkeit darunter auf das Schwerste.

Gleichwohl hat die Krise auf verschiedene Länder unterschiedlich gewirkt. Deutschland und Japan waren auf Grund vorangegangener Solidarität ihrer Politik relativ gut dafür gerüstet, die Wirkungen des ersten Ölpreisschocks auf ihre Volkswirtschaften mit Hilfe hoher Staatsausgaben abzufangen. Diese beiden Länder wurden auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1978 unter dem schönen Stichwort „locomotive theory“ geradezu genötigt, nach der Melodie zu verfahren: Hannemann, geh du voran!

Inzwischen hat aber auch für die Bundesrepublik in der gegenwärtigen Lage der Keynesianismus seine Rolle ausgespielt, weil der Druck auf die eigene Zahlungsbilanz und damit auf die eigene Außenwährung unerträglich geworden war.

Ein Wort zu Japan. Wenn auch die niedrigen japanischen Arbeitslosigkeitsraten strukturell mit Europa und Nordamerika nicht recht vergleichbar sind, so ist Japan doch von den Industrieländern bisher am besten gefahren. Japans Wachstumsraten übersteigen seit 1975 die der anderen Industriestaaten. Seine Inflationsrate, die 1974 explodierte, liegt inzwischen nur noch wenig über der unsrigen, deutlich besser als in den übrigen Industriestaaten der Welt. Die japanische Zahlungsbilanz liegt im Vergleich mit diesen Staaten im Mittelfeld. Sie ist dabei, sich schnell zu verbessern.

Herbeigeführt wurde dies relativ günstige Abschneiden Japans durch eine Kombination von aggressiver Exportpolitik und struktureller Protektion der eigenen Binnenmärkte gegen industriellen Wettbewerb von draußen, durch Einschränkung der Budgetdefizite bei gleichzeitig relativ laxer Geldpolitik mit der Folge einer exportorientierten Unterbewertung des Yen. Japan hat aber schon 1980 eine Periode der Abnahme der realen Nettolöhne erlebt. Die Binnenkonjunktur ist relativ schwach. Der politische Druck auf Japans Außenwirtschaftspolitik wird jedoch stark zunehmen. Ein teilweises Nachgeben steht – so denke ich – ins Haus.

Ein Wort zu den Vereinigten Staaten, die gegenwärtig einen tief greifenden Rückschlag ihrer Wirtschaft erleben. Wenn man die Entwicklung der letzten sechs Monate auf das Jahr umrechnet, so gibt es dort eine Wirtschaftsschrumpfung von fast viereinhalb Prozent des Bruttosozialprodukts bei zurzeit fast zehn Millionen Arbeitslosen. Das sind rund neun Prozent aller Erwerbspersonen. Eher rezessionsbedingt als etwa infolge des ökonomischen *policy mix* lagen die Preise im Februar 1982 nur noch um 7,7 Prozent höher als im Februar des letzten Jahres. Die Zinsen in den USA sind nominal hoch, real jedoch exorbitant hoch: die höchsten Realzinsen unter allen Industriestaaten der Welt. Entsprechend gering ist die Investitionstätigkeit, vor allem im Baubereich.

Das für diesen amerikanischen *policy mix* geprägte Schlagwort der „supply side-economics“ erscheint mir gröblich irreführend. Tatsächlich ist es seit 1979 eine Kombination von wachsenden hohen Haushaltsdefiziten mit einer

sehr strikten Geldpolitik, sozusagen eine Kreuzung zwischen Keynes im Budget und Milton Friedman in der Geldpolitik.

Die Zahlungsbilanz ist in Ordnung. Der Wechselkurs des Dollar ist infolge der hohen Dollarzinsen höher als in den siebziger Jahren. Dies trägt natürlich wesentlich zur Dämpfung der Binnenpreise innerhalb der USA bei. Zugleich aber setzt der hohe Dollar-Zinssatz für alle diejenigen Staaten der Welt ein nicht zu unterschreitendes Maß, die angesichts ihrer eigenen Zahlungsbilanzen und ihrer Finanzierungsnöte in größerem Umfange auf internationale Finanzierung angewiesen sind.

Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt zur Kritik. Gegenwärtig werden, nicht nur wie zuerst seitens der amerikanischen Gewerkschaften, sondern auch seitens der amerikanischen Banken und Unternehmungen, die Forderungen nach einer Verringerung des Staatsdefizits immer lauter. Der Grund: Die Geldpolitik des Federal Reserve Board wird – wie ich glaube mit Recht – für logisch und richtig gehalten. Im Kongress wächst die Neigung zur Verringerung des Budgetdefizits. Ich fürchte, dass die Periode der Diskussion und damit der Ungewissheit wohl noch bis in den Herbst andauern wird.

Man fühlt sich, wenn man diese Diskussion verfolgt, ein bisschen an Harry Truman erinnert und an seinen Wunsch nach einem „einarmigen Wirtschaftsberater“: nicht in Anlehnung an die „einarmigen Banditen“ in Las Vegas, sondern weil er die ewige Litanei aller Ökonomen nicht mehr hören mochte, die ihm sagten: „On the one hand, Mr. President,“ – und, und, und – „but on the other hand, Mr. President, ...“

Das ist eine Diskussion, die es nicht nur in Amerika gibt. Mir erscheint sehr fraglich, ob die von vornherein unzutreffende Rechnung, nämlich Budgetausgleich durch Steuersenkungen „on the one hand“ und hohe Steigerung der Verteidigungsausgaben „on the other hand“, weiterhin aufrechterhalten werden kann.

Ein Wort zu den EG-Staaten. In Großbritannien hat die vielleicht nach langen Jahren inflationistischer Politik verständliche Rosskur zur schwersten Rezession aller Industriestaaten geführt. Das Bruttosozialprodukt ist dort im letzten Jahr um real zwei Prozent gesunken. Es wird dieses Jahr wahrscheinlich eher stagnieren. Die Arbeitslosigkeit hat die Ziffer von drei Millionen erreicht. Das entspricht über elf Prozent aller Erwerbspersonen.

Die Folge war zunächst eine überplanmäßige Ausweitung des Staatsdefizits. Die positiven Faktoren liegen in einem Anstieg der Produktivität der Beschäftigten und im Überschuss der Leistungsbilanz. Dieser Überschuss ist zum wesentlichen Teil dem Nordsee-Öl zu verdanken. Die britischen Inflations- und Zinsraten liegen immer noch hoch über den deutschen Daten, so dass vom Vereinigten Königreich auch 1982 kaum eine die Weltwirtschaft oder auch nur Europa beeinflussende positive Wirkung ausgehen wird.

Frankreich hatte bis 1980 nur recht geringe Budgetdefizite. Andererseits waren und sind heute noch die Inflations- und Zinsraten im Vergleich zu uns wesentlich höher. Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit; sie umfasste im Januar immerhin über neun Prozent aller Erwerbspersonen.

Die Regierung Mitterand hat seit Mitte des vorigen Jahres auf Arbeitszeitverkürzung und expansive staatlich finanzierte Nachfragepolitik gesetzt. Dies führt gegenwärtig zu vermehrtem Wachstum. Die Prognosen für 1982 gehen von zweieinhalb bis über drei Prozent aus. Aber dies belastet natürlich das Preisklima, die Geldpolitik, die Leistungsbilanz. Infolgedessen entsteht eine starke Versuchung zum Protektionismus im Handelsverkehr, im Kapitalverkehr, ebenfalls eine starke Versuchung zu Preiskontrollen.

Der Anteil des französischen Budgetdefizits des Gesamtstaates am Bruttosozialprodukt wird wohl auch 1982 noch unterhalb des Anteils des deutschen Gesamthaushalts an unserem Sozialprodukt liegen. Aber offenkundig sind dem gegenwärtigen policy mix in Frankreich zeitliche Grenzen gesetzt, die nach meinem Eindruck keineswegs über 1983 hinausreichen.

Über die Bundesrepublik Deutschland will ich, wie schon angedeutet, erst am Schluss sprechen. An dieser Stelle genügt es vielleicht zu sagen, dass wir innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wie auch der Atlantischen Allianz in Sachen Arbeitslosigkeit, Preissteigerung, Zinsen am besten dastehen, in

Sachen Wachstum 1982 gewiss kaum schlechter abschneiden werden als die allermeisten anderen. Natürlich wird Japan uns vorangehen. Deutschland wird 1982 seine Haushalts-, Steuer- und Währungspolitik nicht verändern. Deshalb wird aber unsere Währung im Laufe des Jahres unter Aufwertungsdruck kommen.

Die Europäische Gemeinschaft ist insgesamt keineswegs durch einheitliche Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Das lassen nicht nur die unterschiedlichen Arbeitslosigkeitsraten, nicht nur die Inflationsraten, die von unter sechs Prozent in unserem Fall bis über zwanzig Prozent reichen, nicht nur die unterschiedlichen Zinsniveaus erkennen. Vielmehr zeigt sich dies auch immer wieder in Abwertungen anderer Teilnehmerstaaten des Europäischen Währungssystems.

Ein Wort zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen kommunistischen Staaten. Nach der ersten Ölpreisexplosion 1973/74 haben sie sich zunächst noch der Hoffnung hingegeben, dass die weltweite Strukturkrise nur ein Problem der westlichen Industrieländer sei. Die Rezession zwischen 1974 und 1976 wurde als reine „Krise des kapitalistischen Systems“ hingestellt.

Diese Hoffnung der Staatshandelsländer war trügerisch. Das schwerfällige Lenkungssystem in Osteuropa hatte schon viel zu lange die Notwendigkeit ignoriert, dass sich jede Volkswirtschaft, unabhängig von der Gesellschaftsordnung, der veränderten Lage vor allem im Rohstoff- und Energiebereich anpassen muss. Dieses Versäumnis hat jetzt erhebliche Schwächen des osteuropäischen Wirtschaftssystems restlos aufgedeckt.

Von niedrigem Niveau aus konnten die Staatshandelsländer zwar in den siebziger Jahren zunächst noch recht hohe Wachstumsraten erzielen. Der wichtigste Faktor war dabei die Zunahme des Arbeitskräftepotenzials und die Ausweitung der Produktionskapazitäten auf dem Wege extensiven Wachstums. Heute lassen sich Wirtschaftswachstum und Verbesserung des Lebensstandards nur noch mit Produktivitätssteigerung oder – wie man sagt – durch intensives Wachstum erreichen.

Gerade hier liegen aber die bekannten Schwächen der kommunistischen Planwirtschaften: Innovationsträgheit, ineffizienter Einsatz von Kapital und Arbeit, Organisationsmängel, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Ergebnis: Es wird bei knappen Ressourcen für die kommunistischen Wirtschaften Osteuropas immer schwieriger, die industrielle Expansion voranzubringen, zugleich den Lebensstandard zu halten, der in Wirklichkeit gegenwärtig teilweise deutlich sinkt, und außerdem die hohen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion fortzusetzen. Die hohe Verschuldung im Westen bei sinkender Bonität der meisten Staaten spielt zusätzlich eine bremsende Rolle.

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion selbst ist etwas günstiger als in den meisten kleineren Comecon-Ländern, denn die Sowjetunion verfügt über reiche Rohstoffvorkommen und profitiert von der weltweiten Verteuerung aller Bodenschätze. Dennoch ist auch sie erheblichen Belastungen ausgesetzt.

Auch sie muss mit sinkenden Wachstumsraten zurechtkommen. Die „Missernten“, wie man sie dort bezeichnet, sind längst zur Regel geworden. Zur eigenen Ernährung braucht die Sowjetunion einen jährlichen Getreideimport in der Größenordnung von 30 bis 45 Millionen Tonnen. Rund 40 Millionen Tonnen entsprechen zwölf Milliarden Dollar, um jene Größenordnung einmal zu verdeutlichen. Die Milcherzeugung sinkt aus allen diesen Gründen auf das Niveau von 1973 ab. Die Erschließung der sibirischen Energiereserven verursacht erheblich höhere Produktions- und Transportkosten, als sie bei den allmählich zurückbleibenden Energiequellen im europäischen Russland gegeben sind. Die jetzt notwendigen Investitionsmittel und die dafür erforderlichen Hartwährungsbeträge fehlen an anderen Stellen. Die unvermeidliche Hilfeleistung an Polen wirkt in die gleiche Richtung.

Insgesamt ist für die Sowjetunion und das ganze Comecon nicht mit Impulsen für die Weltwirtschaft zu rechnen, eher wird die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Polens oder Rumäniens zu deutlicher Beschränkung der Bestellungen der Comecon-Länder in den Hartwährungsländern im Westen führen. Dies gilt dann auch für die DDR.

Ein Wort über die Ölexportländer. Nicht nur die OPEC, sondern auch die

sich in ihrem Windschatten haltenden anderen Ölexportstaaten erleben zurzeit eine von ihnen ebenso unerwartete wie tief greifende negative Überraschung. Die Spot-Preise hatten 1979 und 1980 schon zweimal die 40-Dollar-Grenze pro Barrel erreicht. Heute liegen sie um ein ganzes Drittel niedriger, wesentlich niedriger auch als der offizielle Preis. Dieser offizielle Ölpreis wird ebenfalls noch sinken.

Insgesamt ist das eine Folge von weltweit geringerer Ölnachfrage und – trotz des Ausfalls von Irak und Iran – höherem Ölangebot zum Beispiel aus Mexiko oder der Nordsee. Das OPEC-Kartell kann den Markt nicht mehr beherrschen. Die Zeit der enormen Zahlungsbilanzüberschüsse geht zu Ende. Inzwischen hat schon die Hälfte der OPEC-Staaten Zahlungsbilanzdefizite, und sogar Oberst Gaddafi scheint in finanzieller Bedrängnis zu sein. Damit verringert sich die finanzpolitische Rolle der Ölstaaten schnell, und das Volumen des surplus-recycling in die westliche Weltwirtschaft nimmt dramatisch ab.

All dies ist wohlthuend für die Zahlungsbilanzen der übrigen Länder, wohlthuend auch für die Entwicklung von Kosten und Preisen in den Ölimportstaaten. Man vergleiche nur unsere heutigen Tankstellenpreise mit denjenigen vor etwa sechs Monaten. Hier wird Kaufkraft freigesetzt für andere Produkte aus dem Inland wie aus dem Ausland.

Direkt und indirekt werden von dieser Ölpreisentwicklung insbesondere auch die Nicht-Öl-Entwicklungsländer profitieren: direkt am stärksten die ölabhängigen Schwellenländer, indirekt vor allem die lesser developed countries. Ihr volkswirtschaftliches Wachstum wird sich dadurch beschleunigen. Natürlich ist dabei auch ein Wermutstropfen: Bisherige Finanzströme aus den Ölländern in verschiedene Staaten oder Staatengruppen, in verschiedene Finanzmärkte müssen jetzt ersetzt werden, weil sie sich teils verringern, teils versiegen. Das wird Umstellungen, auch Reibungen mit sich bringen.

Prinzipiell, so denke ich, werden dadurch aber keinerlei unüberwindbare Schwierigkeiten entstehen. Die meisten Ölländer, die jetzt ihre bisherige finanzwirtschaftliche Opulenz verlieren, werden demzufolge aber weniger industrielle Güter einführen. Auch dies wird für die industriellen Exportländer, darunter für uns, zwar Umstellungsschwierigkeiten mit sich bringen, aber im Prinzip das Volumen des Welthandels nicht negativ, sondern eher positiv beeinflussen.

Dazu bedarf es einer Fußnote: Dies alles gilt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass in den Ölregionen der Erde keinerlei politische oder unfriedliche Ereignisse eintreten, die die Struktur des Weltölmarktes verändern könnten.

Ein Wort über die Nicht-Öl-Entwicklungsländer. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben die Situation der Entwicklungsländer im vergangenen Jahrzehnt sehr verschlechtert. Die Preise, die sie für ihre Einfuhren, insbesondere für Öl, bezahlen mussten, sind gestiegen, während sich gleichzeitig ihr Spielraum für die Finanzierung verschlechtert hat. 1981 haben die Nicht-Öl-Entwicklungsländer zum Beispiel 77 Milliarden Dollar für Öl ausgegeben. Das entsprach einem Fünftel ihrer gesamten Exporterlöse. Viele der Staaten mussten sogar ein Drittel bis zur Hälfte ihres Exporterlöses für die Bezahlung der Ölimporte aufwenden.

Dazu kam, dass die Rezession in den Industrieländern das Exportwachstum der Entwicklungsländer gebremst hat. Der Zufluss günstiger Finanzierungsmittel stagnierte. Auf den kommerziellen Kapitalmärkten sind Unsicherheiten über die Bonität einer größeren Zahl von Entwicklungsländern aufgetreten. Man muss sich einmal klarmachen, dass deren Schuldendienst gegenwärtig ungefähr 80 Milliarden Dollar pro Jahr beträgt!

Ich möchte drei typische Einzelbeispiele aufführen. Zunächst Brasilien: Dort hat die weltwirtschaftliche Entwicklung zu einer sehr schwierigen Lage geführt. Brasilien besitzt kein Öl. Der Anteil der Ölimporte an den gesamten brasilianischen Exporterlösen lag 1978 noch bei 36 Prozent. Im letzten Jahr schon bei 53 Prozent. Gleichzeitig ist der Schuldendienst an das Ausland von 35 Prozent auf 43 Prozent der gesamten Exporterlöse gestiegen.

Der Preis einer Konsolidierung der brasilianischen Zahlungsbilanz ist

hoch: erhebliche Inflationsraten, die besonders arme Familien in materielle Not bringen, Verlust von Arbeitsplätzen, Einschränkung lebenswichtiger Einfuhren. Letzteres geschieht natürlich mit erheblicher rezessiver Rückwirkung auf die gesamte Weltwirtschaft.

Ein anderes Beispiel: Bangladesh. Dort ist die Situation durch ein massives Handelsbilanzdefizit, durch hohe Abhängigkeit von Entwicklungshilfe gekennzeichnet. Gegenwärtig werden nur 30 Prozent der Importe selbst, das heißt durch Exporte, verdient. Die Ursachen sind vielfältig: eine Verschlechterung der Preise für die Exportgüter jenes Entwicklungslandes allein um zehn Prozent von 1981 gegenüber 1980, gleichzeitig aber eine dreizehnprozentige Steigerung der Importpreise. Obwohl mengenmäßig nur vier Prozent mehr Öl eingeführt wurden, sind die Ausgaben für Öl um 31 Prozent gestiegen. Das wird man auch durch eine augenblicklich gute Ernte letztlich nur überdecken, nicht korrigieren können.

Als drittes Beispiel schließlich Kenia, ein schwarzafrikanischer Staat. Das Land hat ebenfalls mit einer einschneidenden Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz zu kämpfen. Die Reserven decken den Importbedarf gerade noch für zwei Monate. Ursache ist ein sprunghaftes Ansteigen der Importe, besonders was den Aufwand für importiertes Öl betrifft. 1978 hat Kenia für seinen Ölimport noch eine Viertelmilliarde, 1980 schon eine halbe Milliarde Dollar gezahlt. Gleichzeitig verschlechterten sich die Erlöse aus den überwiegend agrarischen Exporten von damals anderthalb Milliarden Dollar auf nunmehr nur noch eine Milliarde Dollar. Jetzt wird zur Bekämpfung der Inflation die Bankenliquidität sehr knapp gehalten. Landwirtschaftliche wie industrielle Projekte sind durch Rezessionserscheinungen gekennzeichnet. Zugleich verursacht das mit vier Prozent pro Jahr ungemein hohe Bevölkerungswachstum erhebliche soziale Probleme.

Diese drei Beispiele stehen für viele andere. Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, die weitgehend außenwirtschaftlich orientiert sind, haben die Erschütterungen der Weltwirtschaft noch vergleichsweise gut abfangen können. Länder mit niedrigem Einkommen hingegen hatten wenig Chancen zu einer Anpassung. Ihr Volkseinkommen stagniert. Sie werden auf absehbare Zeit auf erhebliche Entwicklungshilfeleistungen angewiesen bleiben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort zur Bevölkerungsexplosion sagen. Das schnelle Wachstum der Weltbevölkerung hat sich als eines der größten Hindernisse erwiesen, den Kreislauf der Armut in den Entwicklungsländern zu durchbrechen.

In nur 35 Jahren hat sich die Weltbevölkerung auf gegenwärtig 4,4 Milliarden Menschen verdoppelt. Sie ist in den letzten Jahren allein in den Entwicklungsländern jährlich im Durchschnitt um zwei Prozent gestiegen. Bis zum Jahr 2000 – heute in nur 18 Jahren – werden rund 6,3 Milliarden Menschen auf der Erde leben, davon fünf Milliarden in Entwicklungsländern.

Schon heute fehlt es dort Hunderten von Millionen Menschen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Arbeit. Die Produktion von Lebensmitteln, erst recht die Schaffung von Arbeitsplätzen, hat besonders in den armen Entwicklungsländern keineswegs mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Die schlimmen Konsequenzen sind noch nicht absehbar.

Diese Entwicklung ist zudem mit einer sich verstärkenden Konzentration der Bevölkerung in den großen Städten verbunden – schauen Sie nur nach Mexiko City oder nach Kairo. Dies behindert den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Es kann zum Beispiel bei Hungersnöten oder politischen Unruhen die gesamte Weltwirtschaft schlagartig belasten.

In der Bevölkerungspolitik ist aus allen diesen Gründen keine Zeit zu verlieren. Bis zum Jahr 2000 wird sich das Wachstum nur noch in ganz engen Grenzen beeinflussen lassen. Die Entwicklung bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird allerdings für das Bevölkerungswachstum im nächsten Jahrhundert entscheidend sein.

Von den Maßnahmen, die jetzt in Angriff genommen werden, wird es abhängen, ob sich die Weltbevölkerung im nächsten Jahrhundert noch bei acht Milliarden Menschen stabilisieren lässt oder ob sie auf zwölf bis fünfzehn Milliarden explodieren wird.

Das wird Auswirkungen auf die Lebensumstände aller Menschen haben. Auch für unsere Kinder hier in Deutschland! Auch für die Volkswirtschaften in Europa und Nordamerika, in allen Industriestaaten! Wir müssen heute Vorsorge treffen, dass die natürlichen Ressourcen der Welt und das ökologische System der Erde imstande bleiben, die Bedürfnisse dieser anwachsenden Bevölkerung auf einem erträglichen wirtschaftlichen Niveau zu befriedigen. Die Belastbarkeitsgrenzen der Umwelt – im Allgemeinen und in bestimmten Regionen –, der Meere, der Atmosphäre, der Klimata treten schon heute ganz deutlich hervor. Das Unglück in der Sahel-Zone ist menschengemacht.

Es wäre lebensgefährlich zu glauben, diese Lage regele sich von selbst. Vielmehr ist eine ganz entschiedene Familienplanungspolitik erforderlich, für die die betroffenen Länder selbst die Hauptverantwortung übernehmen müssen. Wir werden sie dabei unterstützen, soweit das von uns erbeten wird. Die Volksrepublik China hat das Problem als Erste erkannt und bereits erhebliche Erfahrungen auf dem Gebiet gesammelt.

Für viele Entwicklungsländer ist zum Beispiel auch notwendig, den Entwicklungsprozess vor allem auf die Verringerung des Analphabetentums unter den Frauen zu richten. Wir wissen, dass der Versuch, die Geburtenrate zu senken, ohne Anhebung des wirtschaftlichen Wohlstandes ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben wird, denn Armut und Bevölkerungswachstum sind miteinander verknüpft. Es gilt leider der Satz: Zu große Armut bringt zu viele Kinder.

Bis hierher habe ich versucht, Ihnen ein möglichst realistisches Bild der weltwirtschaftlichen Lage zu geben, wie sie sich gegenwärtig insgesamt darbietet. Dass dabei die Krisenerscheinungen überwogen haben, wird niemanden überraschen. Lassen Sie mich an dieser Stelle trotzdem eine eher scherzhaft gemeinte Zusammenfassung versuchen. Allerdings ist dieser Scherz mit einer ernsthaften Nutzenanwendung verbunden.

Ein Satiriker hat folgende Entwicklungsstufen eines Projekts in sechs Stufen gekennzeichnet: 1. Begeisterung, 2. Zweifel, 3. Panik, 4. Suche nach den Schuldigen, 5. Bestrafung der Unschuldigen und 6. Belohnung der Nicht-Beteiligten.

Auf die Weltwirtschaft bezogen, könnte man sagen: Mit Begeisterung hatten sich viele Länder der Welt darangemacht, ihre wirtschaftlichen Probleme mit Hilfe der Notenpressen zu „lösen“. Zweifel kamen auf, als man sich der Konsequenzen bewusst wurde. Dann verbreitete sich Panik, als die Arbeitslosigkeit um sich griff. Die Suche nach dem Schuldigen ergab bei den Bürgern fast aller Länder der Welt dasselbe Resultat: Natürlich waren die Regierungen schuld. In fast allen Ländern kam es daraufhin zu einem Wechsel in der Regierung, ob diese eine inflationistische Politik betrieben hatte oder nicht. Die Bestrafung der Unschuldigen oder der nur teilweise Mitschuldigen war also durchaus inbegriffen. Schließlich die letzte Stufe: Belohnung der Nicht-Beteiligten. Hier stocke ich allerdings, denn die OPEC-Länder, die belohnt werden, waren in Wirklichkeit ja durchaus beteiligt. Heute erreicht auch sie die Nemesis.

Es bleibt die Frage: Was muss getan werden? Fast alle Länder stehen vor der gleichen Gratwanderung: Kampf gegen die Inflation, zugleich Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Das erfordert überall strukturelle Anpassungen durch Förderung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit. Dabei ist für diejenigen Staaten, die in größerem Maße Kohle, Öl oder Erdgas importieren müssen, noch auf längere Sicht der Energiebereich – das Energiesparen und die Ölsubstitution – eines der wichtigsten Aktionsfelder, auch wenn gegenwärtig der Ölpreis sinkt.

Mit Doktor-Eisenbart-Kuren können hoch entwickelte Volkswirtschaften diese Gratwanderung nicht bestehen. Ideologisch überzeugende Argumentationsketten der Angebotspolitik oder des Monetarismus sind gegenwärtig ebenso hilfreich wie überzogener Keynesianismus.

Wer in einer schwierigen Wirtschaftslage sein Heil ausschließlich in deflationistischer Haushaltspolitik suchen wollte, der verschärft Rezession und Arbeitslosigkeit, behindert die für den Strukturwandel notwendige Investi-

tionstätigkeit. Unterlassene Investitionen und Arbeitslosigkeit gefährden dann in der zweiten Runde seine soziale und politische Stabilität.

Aber umgekehrt kann eine ausschließliche Konzentration auf Ausweitung staatlicher Nachfragepolitik ebenso wenig aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführen. Sie schafft im besten Fall vorübergehende Entlastung. In der zweiten Runde zwingen dann steigende Preise, eine defizitäre Leistungsbilanz und der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit bald zur Umkehr.

Grundsätzlich lassen sich hoch entwickelte Volkswirtschaften nicht mit irgendeinem Hauruckverfahren aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführen. Langjährige Versäumnisse können mit schneidigen Kommandos nicht nachhaltig korrigiert werden. Man kann mit hoch entwickelten Volkswirtschaften keine Wende fahren wie mit einer Olympiajolle oder einer Hochseejacht, nicht einmal wie mit einer Fregatte der Bundeswehr. Diese Volkswirtschaften gleichen eher Supertankern, die für Kurs- oder Geschwindigkeitsänderungen unendlich viel Raum und Zeit benötigen. Es kommt noch hinzu, dass wir unsere Schiffe auf hoher See, mitten in der Fahrt, einem strukturellen Umbau unterziehen müssen.

Sie werden einwenden, es sei relativ einfach, solche Binsenwahrheiten hinsichtlich dessen herauszufinden, was nicht geht. Solcher Kritik würde ich zustimmen und einräumen, dass im Übrigen die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre genug Lehrstoff dazu bietet, was nicht geschehen darf. Viel schwieriger ist es, positiv zu sagen, was getan werden sollte – zumal die heutige Krise ganz andere Ursachen hat und sich unter ganz anderen Umständen abspielt als die damalige Krise.

Die sieben Staats- und Regierungschefs, die sich zu einer Fragestellung, was geschehen soll, in acht Wochen auf dem so genannten Wirtschaftsgipfel in Versailles zusammensetzen werden, wären glücklich, wenn sie einen umfassenden Ratgeber finden könnten. Sie haben ihn nicht – und niemand soll den Eindruck gewinnen, dass ich mir eine solche Rolle anmaßen wollte. In Wirklichkeit steht es so, wie Bertrand Russell einmal gesagt hat: „Das ist der ganze Jammer. Die Dummen sind so sicher, und die Gescheiterten so voller Zweifel.“

Ich will versuchen, eine sehr vorläufige Antwort in der Gestalt von Thesen zu skizzieren:

Erstens: Jedes Land muss große Anstrengungen zur Überwindung der Wirtschaftsprobleme im eigenen Bereich unternehmen. Dabei muss der ökonomische policy mix jedes Landes selbstverständlich auf seine eigene Ausgangslage zugeschnitten sein. Das heißt, dass er von Haus zu Haus durchaus verschieden sein kann.

Zweitens: Unabdingbar sind dabei jedoch die Rücksichtnahme auf die internationalen Wirkungen der eigenen nationalen ökonomischen Politik und der Verzicht auf jede „beggar-my-neighbour-policy“. Denn außer der Volksrepublik China ist kein größerer Staat der Welt mehr in der Lage, im nationalen Alleingang mit seinen Wirtschaftsproblemen fertig zu werden. Das heißt, jedes Land ist auf funktionsfähige internationale Handels- und Finanzbeziehungen angewiesen.

Kein Land darf diese Funktionstüchtigkeit gefährden. Deshalb darf es keinen Handelsprotektionismus geben, keine Abwertungswettläufe, keinen monetären Protektionismus, keine dominoartigen Bankenzusammenbrüche. Es darf keinen Boykott, keine Vivisektionen, keine Blockierung eingespielter Austauschmechanismen geben. Es ändern sich ohnehin genug Austauschmechanismen, wie ich bereits dargestellt habe.

Drittens: Den wichtigsten Schlüssel für grundlegende Verbesserungen der Wirtschaftslage der Welt haben heute die USA in der Hand. Auf sie entfallen rund 35 Prozent des Bruttonationalprodukts aller Industriestaaten. 80 Prozent aller offiziellen Devisenreserven der Welt werden in US-Dollar gehalten. Drei Viertel des Euromarktvolumens sind in dieser Währung denominiert. Das sind heute brutto 1700 Milliarden Dollar – eine fast unvorstellbare Größenordnung, die gleichzeitig meine vorhin aufgestellte Behauptung illustriert, dass es keine nationalen Kreditmärkte von Belang mehr gibt.



Diese Führungsrolle der Vereinigten Staaten, die durch diese Größenordnungen gegeben ist, verlangt besondere Rücksichtnahme auf die Außenwirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Das gilt in Sonderheit für die hohen, durch den amerikanischen policy mix ausgelösten Dollar-Zinssätze – zu Hause und auf den Eurodollar-Märkten. Diese Zinssätze müssen im Interesse der Weltwirtschaft nach unten! Denn die Partnerländer können sich zumeist dem Sog amerikanischer Entwicklungen nicht entziehen; sie können allenfalls ihre Abhängigkeit davon mildern.

James Tolbin, der amerikanische Nobelpreisträger, hat die Zinssituation der Gegenwart mit einem Fußballstadion verglichen, in dem alle Zuschauer gleichzeitig aufstehen, um das Spiel besser sehen zu können. Wenn das geschieht, bleibt natürlich alles wie vorher – keiner sieht wirklich besser.

Viertens: Auch Japan, Frankreich, England, Kanada, Italien, Deutschland und die übrigen Industriestaaten haben wichtige Schlüssel in der Hand. Sie müssen sich selber verpflichten, verpflichtet werden, sich selbst dazu disziplinieren, durch ihren jeweiligen nationalen policy mix ihre eigenen Leistungsbilanzen mittelfristig ins Gleichgewicht zu bringen – je schneller, desto besser. Wer Überschüsse erzielt, muss seine Importmärkte weiter öffnen, um der Weltwirtschaft insgesamt zu helfen. Wer im Defizit ist, muss budgetär und monetär restringieren, um der Weltwirtschaft nicht finanziell zur Last zu fallen.

Fünftens: Zu jeder budgetären oder monetären Restriktion gehört unangenehmerweise die politische Tapferkeit, dem eigenen Volk Opfer zuzumuten. Sie wiegen auch bei uns in Form von Arbeitslosigkeit am schwersten – wenn ich von den Entwicklungsländern spreche, sind natürlich Hunger und Entbehrung die schlimmsten Opfer. Sie wiegen leichter in Form von gerecht verteilten Realeinkommensverzichten, die übrigens nur vorübergehend sein werden.

Japan und Deutschland sind – Japan schon 1980, wir 1981 und insbesondere 1982 – dabei beispielgebend vorangegangen. Deswegen ist es nur noch ein Gemeinplatz, wenn ich hinzufüge, dass Preis-Lohn-Indexierungen nur Placebos sind: Es sieht aus wie Medizin, hat aber keinerlei heilende Wirkung.

Sechstens: Es darf keine Wettläufe der Devaluation, der Abwertung geben. Die Ergebnisse der dreißiger Jahre auf diesem Feld waren schrecklich. Mit Recht hat Präsident Pöhl neulich vor dem Übersee-Club auf die Gefahr eines „Teufelskreises“ von Abwertung und Inflation, einer möglichen abermaligen Abwertung oder nachfolgenden deflationistischen Politik hingewiesen.

Siebtens: Der Internationale Währungsfonds als zentrale währungspolitische Institution der Welt muss gestärkt, er darf nicht geschwächt werden. Er darf auch nicht zum Instrument der Entwicklungshilfe umgestaltet werden. Hierfür bleibt die Weltbank. Beide Institutionen können aber in ihrem Verhalten nicht von den Schuldnern beherrscht werden, sonst wäre weitere Weltinflation die unausweichliche Folge.

Achtens: Nötig ist die Gewährleistung von orderly market conditions an den Devisen- und Finanzmärkten, ebenso die Sicherheit an den Euromärkten, Begrenzung erratischer Schwankungen an den Devisenmärkten, nicht aber Kurspflege gegen den Trend. Regional leistet hier das Europäische Währungssystem mit seinen festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen eine wichtige Funktion.

Neuntens: Das GATT muss erhalten und gestärkt werden. Es darf keinen Handelskrieg geben: weder im Verhältnis zum Osten noch innerhalb des Dreiecks Nordamerika – Europa – Japan: weder gegenüber den Öllieferanten noch gegenüber den Nicht-Öl-Entwicklungsländern, die andere Rohstoffe liefern. Das Verhalten der Industriestaaten bestimmt das handelspolitische Klima der Welt. Unter ihnen haben diejenigen Staaten die Hauptlast der Überzeugungsarbeit zu leisten, die – wie zum Beispiel die Bundesrepublik – der hohen Ex- und Importabhängigkeit ihrer Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze wegen unter handelspolitischen Restriktionen am stärksten leiden müssten.

Zehntens: Dabei wird man den armen Entwicklungsländern – den LDCs und den LLDCs – nach Möglichkeit eine Stabilisierung ihrer Rohstoffexporterlöse einräumen müssen. Das ist gewiss unpopulär. Ich denke zwar, dass ein

weltweites Rohstofffonds-Experiment sich dazu kaum eignet. Besser wäre die Ausweitung der bewährten Lomé-Abkommen auf weitere Teilnehmerstaaten, auf der Export- wie auf der Importseite, und auf weitere Rohstoffe.

Elftens: Entwicklungshilfe bleibt unerlässlich. Sowohl die technische, die Ausbildungshilfe, wie aber auch die finanzielle Hilfe muss weiter ausgeweitet werden. Dies liegt auch im eigenen langfristigen Interesse der Industriestaaten. Die Sowjetunion und das Comecon beteiligen sich daran völlig unzureichend. Sie liefern im Wesentlichen Waffen sowie militärische und politische Berater. Die Sowjetunion muss unter Druck gesetzt werden, wirtschaftliche Hilfe zu leisten.

Zwölftens: Der Nord-Süd-Dialog und die „Global Negotiations“ unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen zum Zweck der schrittweisen Verwirklichung dieser Themen endlich in Gang kommen. Dazu gehört auch der Dialog über Ölpreise, über die energiepolitische, auch über die demographische Zukunft, die Bevölkerungsentwicklung der Welt.

Wer mit dem anderen spricht, der lernt von ihm. Die Entwicklungsländer werden im Dialog lernen, dass ihre eigenen Anstrengungen konzeptionell besser fundiert werden müssen. Verbale Forderungen nach einer „new economic world order“ bleiben ohne inhaltliche Konsequenz. Die Industriestaaten werden zu lernen haben, dass die Eingliederung der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung sehr gute strukturwandelnde Anforderungen an die Industriestaaten, aber auch an die Sowjetunion stellt.

Meine Damen und Herren, das sind unvollständige Thesen von sehr unterschiedlichem Gewicht. Hamburgische Unternehmer, Kaufleute und Banker mit ihrer enormen täglichen Erfahrung in Übersee können sie ohne Mühe erweitern oder detaillieren. Einige von Ihnen werden wahrscheinlich bei manchen der letzten Thesen auch Widerspruch empfunden haben.

Es gibt auch Regierungen auf der Welt, die so weitgehenden Dritte-Welt-Konzepten nicht oder noch nicht folgen wollen. Die Verfolgung kurzfristiger, bei Vernachlässigung langfristiger Eigeninteressen ist für wahlabhängige demokratische Regierungen in gewisser Weise geradezu systemtypisch. Eine der Schattenseiten der Demokratie, die man klaglos hinnehmen muss.

Deshalb fällt es in der Tat manchen Regierungen und Parlamenten im Westen doch sehr schwer, auch nur die Thesen eins bis neun zu verwirklichen. Umwege und Auswege werden gesucht und beschritten werden. Viel Zeit wird nötig sein. Aber die Realisierung der entwicklungspolitischen Thesen zehn bis zwölf wird noch mehr Zeit kosten. Deshalb stellt sich die Frage: Was haben wir in diesem Jahr 1982 zu erwarten?

Von den für 1982 zu erwartenden Veränderungen auf den Ölmärkten habe ich schon gesprochen. Sie können die durchaus sichtbar gewordenen Erfolge in der Abbremsung der Inflation aller Industriestaaten verstärken.

Ein weiteres Sinken der Ölpreise wird die gesamten Zahlungsbilanzen sowohl der Industriestaaten als auch der Entwicklungsländer entlasten. Die deutsche Leistungsbilanz kommt ohnehin ins Gleichgewicht; die japanische Zahlungsbilanz wird zu starken Überschüssen tendieren; die amerikanische Zahlungsbilanz wird ein Defizit vielleicht auch weiterhin vermeiden können. Dies schafft – jedenfalls in Frankfurt und Tokio – Spielräume für die Wirtschaftspolitik im Allgemeinen und für stärkere Abkoppelung von den hohen amerikanischen Zinsen im Besonderen.

Nicht so sehr für die Ertragsrechnungen der Wirtschaftsunternehmen, wohl aber für die Bautätigkeit können sinkende langfristige Zinsen ein öffnendes Schlüsselement werden, wenngleich damit wahrscheinlich nicht vor Ende dieses Jahres zu rechnen ist.

Eine Fußnote zu den Ölpreisen: Die Anregung, eine Ölsteuer einzuführen, spielt gegenwärtig in der internationalen Debatte eine erhebliche Rolle. Sie könnte verhindern, dass bei sinkendem Ölpreis der Wille zur Einsparung nachlässt und entsprechende Einsparungsinvestitionen plötzlich unrentabel werden. Der Gefahr einer Wettbewerbsverfälschung wegen sollte dergleichen von den großen Industriestaaten nur konzertiert erwogen werden.

Eine solche Steuer könnte bei späterem Wiederanstieg der Ölpreise ganz oder teilweise entfallen. Anfang des Jahres öffentlich geäußerte Gedanken

meines Kollegen Matthöfer gingen in diese Richtung. Allerdings waren sie weder bei den beiden Koalitionspartnern SPD und FDP noch bei der CDU/CSU durchzusetzen – ein Beispiel für die These vom Vorrang kurzfristiger Interessen im Handeln demokratischer Parlamente. Ende der Fußnote.

Die Ölpreissenkung allein wird keine ausreichende Wirtschaftsbelebung bringen. Eine Absenkung der realen Zinsen, vor allem in den Vereinigten Staaten, muss hinzukommen. Dem steht in den USA wahrscheinlich bis in den Herbst die Erwartung weiterer hoher amerikanischer Budget-Defizite entgegen. Dies wird im Juni in Versailles eines der Themen sein. Wir wollen dort aber keine Konfrontation, sondern Übereinstimmung durch und nach Dialog suchen.

Gleichzeitig stehen fast alle Industriestaaten unter dem Druck, die Beschäftigung zu stimulieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Soweit dies nicht über Zinssenkungen geschehen kann, wird die Versuchung für sie sehr stark sein, Arbeitsplätze über vermehrte Staatsdefizite zu schaffen. Gerade die hohen Staatsdefizite sind aber eine der Hauptursachen der Leistungsbilanzdefizite und des selbst gemachten Teils der Hochzinsen gewesen. Dies galt so bis vor kurzem für England. Es gilt immer noch für Italien und Holland, ganz zu schweigen von Belgien. Es gilt in abnehmendem Maße für Japan und Deutschland, zunehmend für Frankreich.

Man erkennt abermals: Kein Industriestaat ist in der gleichen Lage, keiner ist in einer einfachen Lage. Aber alle benötigen sie höhere öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionsraten. So versuchen sie auf verschiedene Weise, die Investitionstätigkeit zu stimulieren; wir zum Beispiel durch Steuererleichterungen, Investitionszulagen, niedrigen Lohnkostenanstieg. Aber insgesamt wird 1982 die Investitionsrate in den Industriestaaten insgesamt noch kaum ansteigen. Das heißt: Für das westliche Gesamttaggregat können wir frühestens gegen Ende des Jahres mit einem Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit rechnen.

Der Aufschwung der industriellen Welt kann sich frühestens 1983 ausprägen. Aber dazu müssen die Weichen in mehreren Ländern 1982 richtig gestellt werden. Dies ist budgetär und monetär in England und Deutschland geschehen. Ob es ausreicht, ob und wann und wie weit die USA dem folgen, wird in Versailles ebenfalls ein Thema sein. Wir werden dort schließlich auch die Handelspolitik erörtern. Die europäischen Regierungen werden dabei die oben genannte handelspolitische These 9 vertreten.

Leider gibt es gleichzeitig innerhalb der Europäischen Gemeinschaft immer wieder agrar- und finanzpolitische Spannungen. England findet die gemeinsame Agrarpolitik sowohl konzeptionell ungeeignet wie hinsichtlich ihrer Kosten unerträglich und will außerdem den britischen Netto-Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft gesenkt wissen.

Den letzteren Wunsch halte ich für begründet, zumal das britische Pro-Kopf-Einkommen kaum noch dasjenige Italiens übersteigt. Der erstere Wunsch hinsichtlich der Agrarpolitik erscheint mir zwar verständlich, aber unbegründet. Denn England ist der Europäischen Gemeinschaft in Kenntnis der voll entfalteteten gemeinsamen Agrarpolitik beigetreten und hat seither allen agrarpolitischen Beschlüssen selbst zugestimmt. Wir Deutschen haben seit Adenauer und Erhard immer gewusst – die beiden hatten einen Disput darüber –, dass die gemeinsame Agrarpolitik der politische Preis war, der für die Begründung der Europäischen Gemeinschaft zu zahlen war.

Ich hoffe sehr, dass der diesjährige Streit, der nun schon viele Monate andauert, gelöst werden kann. Dabei wird uns der heute wegen des Falkland-Konflikts zurückgetretene englische Außenminister Lord Peter Carrington sehr fehlen. Wir selbst sind abermals bereit, unseren schon jetzt außerordentlich hohen Netto-Beitrag – wir transferieren auf die EG jährlich 6,5 Milliarden Mark netto, mehr als unsere ganze Entwicklungshilfe – noch einmal zu erhöhen. Aber wir werden an der Begrenzung des EG-Haushaltes bei einem Prozent der Bemessungsgrenze der Mehrwertsteuer festhalten.

Das Europäische Währungssystem hat bisher gut funktioniert. Es hat für den großen europäischen Binnenmarkt Kalkulationsgrundlagen geschaffen, die – zumal für kleinere Unternehmen – weit verlässlicher sind als in der Welt

draußen. Die Folge war eine Intensivierung des intrakommunitären Handels über den Anstieg des Welthandels hinaus. Alle Teilnehmer profitieren von den festen, aber anpassbaren Wechselkursen.

Daran wird sich auch 1982 nichts ändern, trotz großer Unterschiede bei den Staatsdefiziten, den Inflationsraten, den Zinsen und der Arbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die D-Mark ist ja nicht durch einen Beschluss, sondern vielmehr infolge unserer verlässlichen, besseren wirtschaftlichen Entwicklung zu einer Reservewährung und zum Eckstein des Europäischen Währungssystems geworden. Wir werden auch 1982 unsere Stellung nutzen, um der Tendenz einiger zu stufenweiser Abwertung entgegenzutreten und stattdessen auf stärkere budgetäre und monetäre Zurückhaltung hinzuwirken.

Nach diesem Überblick werden Sie verstehen, dass ich mit relativem Optimismus auf die eigene Wirtschaft schaue. Wir sind – bei fast totaler Rohstoffarmut – stärker in die Weltwirtschaft verflochten als die USA, Kanada, England, Frankreich, Italien und Japan. Ein viel größerer Anteil unserer Arbeitsplätze hängt vom Gedeihen der Weltwirtschaft ab. Wir sind infolgedessen von dieser Weltwirtschaftskrise voll getroffen worden.

Aber die vielfältig kraftvollen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung, unserer Gesellschaft, besonders unser international weit herausragendes System des autonomen Interessenausgleichs zwischen Unternehmern auf der einen und starken Einheitsgewerkschaften auf der anderen Seite – von der Bundesregierung nicht reglementiert, aber von vielen ausländischen Regierungen immer wieder beneidet –, abgestützt auf ein vorbildliches Netz sozialer Sicherheit, ferner der pragmatische policy mix durch Regierung, Parlament und autonome Bundesbank, plus ungebrochener unternehmerischer Leistung, plus hoher Qualität unserer industriellen Arbeiter, unserer Forschung und Entwicklung – dies alles zusammen hat uns zweierlei ermöglicht:

Erstens: bei der Talfahrt der Weltwirtschaft die Nachzügler zu bleiben; zweitens: bei der Wiedergewinnung eines höheren Wirtschaftsniveaus zu den Vorreitern gehören zu können.

Das Leistungsbilanzdefizit wird dieses Jahr getilgt. Die Zinsen können also weiter sinken. Die Lohnabschlüsse für 1982 sind angesichts der Gesamtlage vorbildlich für die ganze Welt. Die Sozialpartner haben weit vorausgeschaut, zumal die Gewerkschaften, die hier gegenüber ihren arbeitslosen Kollegen solidarisch gehandelt haben. Dieses Jahr können die deutschen Lohnkosten kein Hemmnis im internationalen Wettbewerb sein. Jeder weiß, dass unser Export sehr gut floriert. Seit dem 1. Januar ist für viele Betriebe eine Reihe steuerlicher Erleichterungen hinzugekommen. Vom selben Tage an wird rückwirkend die Investitionsprämie in Kraft treten.

Deshalb stimme ich dem Bundesbankpräsidenten mit Nachdruck zu, der schon vor fünf Wochen auf der Frankfurter Messe gesagt hat: „... kein Grund zur Schwarzmalerei, denn es gibt gute Nachrichten, die vorsichtigen Optimismus rechtfertigen, jedenfalls aber Mut und Zuversicht für die Zukunft (unserer Wirtschaft).“

Die Anpassung unserer Verbraucher und Autofahrer, vor allem aber der Unternehmen an die neue Struktur der Weltwirtschaft ist in vollem Gange. Große Zwischenerfolge sind schon erreicht. Man soll sich dabei bitte auch nicht von den Insolvenzen irremachen lassen, die einige Zeitungen immer gerne plakativ und spektakulär herausstellen.

Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe hat der Bund im Rahmen der Mittelstandsprogramme in den letzten zehn Jahren 69 900 Existenzgründungen gefördert. Dem stehen in diesem Bereich und für den gleichen Zeitraum 59 000 Insolvenzen gegenüber. Das heißt: Der Saldo ist positiv.

Die jährliche Gründungsrate kann aber nur geschätzt werden. Man geht von rund 150 000 Firmen pro Jahr aus. Und auch bei den Selbstständigen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ist die Zahl der Ausgeschiedenen – mit konjunkturellen Schwankungen – insgesamt ausgeglichen worden. Gegenwärtig liegt die Zahl der Selbstständigen mit 1,84 Millionen höher als 1976. Diese beiden Zahlen sollte man sich einprägen.

Dass auf der anderen Seite eine größere Zahl kleinerer selbstständiger Landwirte ausgeschieden ist, war in der Tat unsere Absicht. Weil dies zur Effizienz unserer Landwirtschaft beiträgt, haben wir ihnen die Landabgaberechte angeboten.

Wenn ich vorhin den Unternehmungsgeist in Deutschland gelobt habe, so möchte ich – hoffentlich wird mir das nicht als Schleichwerbung angekreidet – am Schluss drei Beispiele herausgreifen. Jahr für Jahr besuche ich acht bis zehn Unternehmen im Bundesgebiet. Dabei treffe ich immer wieder auf Betriebe, denen es gelungen ist, einerseits durch gutes Betriebsklima, andererseits durch fähiges, die Marktchancen ergreifendes Management ihre Unternehmen aus dem Sog der Rezession herauszuhalten.

So habe ich in letzter Zeit zum Beispiel die Firma Dräger in Lübeck besucht, ein Unternehmen mit hohem Innovationsanteil und infolgedessen weltweitem Export. Ich habe mich in der viel größeren Firma Quelle in Nürnberg umgesehen, die infolge eines sehr hohen Grades an Rationalisierung das größte Handelshaus Europas geworden ist und gleichwohl ein hervorragendes Betriebsklima aufweist. Oder ich bin hier in Hamburg/Norderstedt auf die mittelständische Firma Winter gestoßen, die durch rechtzeitige Anpassung auf einem fast einmaligen Spezialgebiet ein weltweites Geschäft aufgebaut hat – übrigens auch hier bei einem sehr guten Betriebsklima.

Ich will mit alledem niemandem schmeicheln. Ich weiß auch, dass es woanders große Sorgen gibt – und das sind auch meine Sorgen –: vom Stahl über die Bauwirtschaft bis zur Textilindustrie. Aber ich bin doch insgesamt optimistisch. Ich sehe im Laufe des Jahres eine Aufwertungstendenz für unsere Währung voraus, die den Spielraum für die Binnennachfrage ausweiten wird. Es geht für die deutsche Volkswirtschaft aufwärts.

Diese positiven Entwicklungen werden allerdings kaum vor Ende 1982 auf den Arbeitsmärkten durchschlagen. Wir haben es zurzeit außerdem mit geburtenstarken Jahrgängen zu tun, die in diesem Sommer ins Berufsleben treten. Die Zahl derjenigen, die einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle suchen, wird nochmals kräftig zunehmen. Das bleibt unser Problem Nummer eins.

Deshalb noch einmal meine Bitte an alle großen und kleinen Unternehmer, an Mittelstand, Handel oder Handwerk: Richten Sie mehr Lehrstellen und Ausbildungsplätze ein. Schon in wenigen Jahren werden Sie, meine Damen und Herren, überall nach Facharbeitern und Fachkräften suchen!

Frei nach dem französischen Diplomaten Romain Gary könnte man mir entgegenhalten, dass es sich mit dem, was ich Ihnen dargestellt habe, ebenso verhält wie mit den Wasserspeiern an den alten gotischen Kathedralen: Man bestaunt den kunstvollen Strahl und vergisst dabei, dass es ganz gewöhnliches Wasser ist. Natürlich kocht der Bundeskanzler dieses Landes auch nur mit Wasser. Aber ich möchte doch darum bitten, meine Ausführungen auf dem Hintergrund einer Grundüberzeugung zu verstehen, die ich am Schluss noch einmal herausstellen möchte.

Ich will dabei der Versuchung widerstehen, unsere „Operation '82“ oder die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ darzustellen. Beides zusammen wird bis 1985 beschäftigungswirksame Maßnahmen in der Größenordnung von 40 Milliarden Mark auslösen – und zwar ohne Steigerung der Kreditaufnahme und des Defizits!

Diese Gemeinschaftsinitiative ist gegenwärtig auf dem gesetzgeberischen Weg im Bundesrat. Sie haben über die Schwierigkeiten gelesen, die dort gemacht werden. Aber „Gemeinschaft“ bedeutet, dass alle ihren Teil beitragen müssen. Dabei kommt es dann auch auf eine sachorientierte, vernunftgebotene Kooperation zwischen Ländern und Bund an. Auch die Länder dürfen die Erwartungen der Arbeitnehmer nicht enttäuschen.

Eines will ich hier sehr deutlich sagen: Ein etwaiger Versuch, die Bundesregierung durch Verweigerung der Bundesratsmehrheit oder gar zusätzlich durch ausländische Stellen in die Knie zu zwingen, würde ohne Erfolg bleiben! Dafür bürgt nicht zuletzt meine eigene Standhaftigkeit.

Aber es wäre darüber hinaus ein positiver Beitrag zum wirtschaftlichen Klima in Deutschland, wenn die Unternehmerschaft sich nicht nur von solch

kurzlebiger Parteitaktik fernhielte – wie es geschieht –, sondern wenn sie darüber hinaus deutlich zu erkennen gäbe, was sie doch tatsächlich weiß. Nämlich: Ohne inneren Frieden, ohne sozialen, ohne innenpolitische Stabilität könnte unser Land seine friedenssichernde und ausgleichende Rolle in der Weltpolitik wie in der Weltwirtschaft nicht spielen. Beides gehört zusammen: Frieden im Innern und nach außen – oder wie es am Lübecker Holstentor steht: „Concordia domi, foris pax“.

Für beides braucht man zuverlässige Partner. Nach außen in erster Linie die Solidarität im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, nach innen den allseitigen Willen zur Fairness und zum gerechten Ausgleich. ■